

## „Historische Gerechtigkeit“

**Der Deutschlandbeauftragte der polnischen Regierung wirft der Bundesregierung massive Versäumnisse vor und strebt eine endgültige Lösung der Probleme an**

Von Stephan Raabe

**Mit zwei Beiträgen in der deutschen Presse – „Die Zukunft muss heute beginnen“ (FAZ vom 1. September) und „Polen vermisst die ‚Kohl’sche Mäßigung“ (Handelsblatt vom 3. September) – hat sich der Beauftragte der polnischen Außenministerin für die polnisch-deutsche Zusammenarbeit, Mariusz Muszyński, zu Wort gemeldet. Er reagiert damit auch auf die im August von der deutschen Polenbeauftragten, Gesine Schwan, geäußerte Kritik, die polnische Regierung sei zu sehr geschichtspolitisch orientiert und ihre Haltung gegenüber Deutschland durch Misstrauen dominiert. Muszyński wirft dagegen der deutschen Regierung vor, die Kooperation mit Polen nicht ernst zu nehmen und Polen isolieren zu wollen. Er fordert die endgültige Lösung der aus dem Zweiten Weltkrieg übrig gebliebenen Probleme, insbesondere der deutschen Restitutionsforderungen.**

Muszyński, 43 Jahre alt, ist seit Ende 2006 Deutschlandbeauftragter der polnischen Regierung. Zuvor war der Jurist als Professor an der katholischen Kardinal-Stefan-Wyszynski-Universität in Warschau tätig. Habilitiert wurde er mit einer völkerrechtlichen Arbeit über „Die Übernahme des deutschen Vermögens durch Polen nach dem 2. Weltkrieg“. Von 1998 bis 2002 sammelte er als Leiter der Rechtsabteilung der polnischen Botschaft in Berlin Erfahrungen in Deutschland. Immer wieder trat er mit sehr entschiedenen Meinungsäußerungen zu den polnisch-deutschen Beziehungen in Erscheinung, die die Probleme konfrontativ zuspit-

zen. So sagte er zuletzt im Streit um die in Polen verbliebenen deutschen Kulturgüter in der polnischen Presse, eine Rückgabe dieser Kulturgüter an Deutschland verletzte die polnische Staatsräson und könne einen gefährlichen Präzedenzfall für weitere deutsche Forderungen schaffen. Dies würde den Rechtsweg zur Rückgabe des gesamten deutschen Vermögens, das nach dem Kriegsende an Polen fiel, öffnen. Kompromissvorschläge zur Lösung der strittigen Fragen werden von dem Juristen nicht vorgebracht. Die polnische Regierung hält ihre Position aus Gründen der historischen Gerechtigkeit für nicht verhandelbar.

### Geklauter Wohlstand?

In einem Beitrag der aktuellen Ausgabe des konservativen Wochenmagazins Wprost versucht der Regierungsbeauftragte unter der provokativen Überschrift „Wem die Deutschen den Wohlstand klauten“ die Position historischer Gerechtigkeit durch die abenteuerliche These zu untermauern, die Wurzeln des deutschen Wirtschaftswunders lägen im Zweiten Weltkrieg, der es Deutschland ermöglicht habe, die eroberten Länder auszusaugen. Nach dem Krieg habe Deutschland sich dann den Entschuldigungsverpflichtungen gekonnt entzogen und von der „positiven Bilanz der Sklavenhaltung der Kriegszeit“ profitiert. Wenn nun Polen auf dem Rechtsweg gezwungen würde, Vermögen deutscher Umsiedler der Jahre 1945 bis 1989 zurückzugeben, bedeute dies, „dass Polen Kriegsreparationen an Deutschland zurückzahlt“. Deshalb müsse Deutschland die Forderungen deutscher Alteigentümer (auch der Spätaussiedler, mit polnischer

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

## AUSLANDSBÜRO POLEN

Staatsangehörigkeit) auf Rückgabe ihres Eigentums in Polen befriedigen. Geschehe dies nicht, werde sich am Ende in der europäischen Politik zwangsläufig die Frage der historischen Gerechtigkeit stellen und werde die tatsächliche Rechnung für den Weltkrieg neu aufgemacht. Bereits früher hatte Muszyński in der regierungsnahen Tageszeitung Rzeczpospolita in diesem Zusammenhang vor einem neuen „europäischen kalten Bürgerkrieg“ gewarnt und sich polemisch mit der „germanischen Kulturmission“ auseinandergesetzt, die von einem in der deutschen Mentalität verwurzelten Anspruch auf Führerschaft ausgehe.

Mit seinen aggressiven publizistischen Einlassungen schürt der Regierungsbeauftragte in Polen antideutsche Ressentiments und propagiert eine einseitige nationale Doktrin. Aufgekündigt scheint der politische Konsens zwischen den Staaten, der von den Präsidenten Kwaśniewski und Rau in der „Danziger Erklärung“ am 31. Oktober 2003 in die Worte gefasst wurde: „Deshalb darf es heute keinen Raum mehr geben für Entschuldigungsansprüche, für gegenseitige Schuldzuweisungen und für das Aufrechnen der Verbrechen und Verluste“. Verschwiegen wird, dass die Klagen von Spätaussiedlern mit polnischem Pass eine Frage der polnischen Rechtsprechung und Gesetzgebung sind.

### Harte Partnerschaft

Da Muszyński von Regierungsseite in Polen nicht widersprochen wird und er als offizieller Beauftragter agiert, ist davon auszugehen, dass er ganz im Sinne des „Aufbaus partnerschaftlicher Beziehungen“ durch eine „harte Politik“ handelt, die Premierminister Jarosław Kaczyński jüngst als Erfolg seiner Regierung herausstellte. Muszyński bringt den in polnischen Regierungskreisen anscheinend tief eingepprägten Komplex des Misstrauens und der Inferiorität gegenüber Deutschland deutlich zum Ausdruck, der sich auch an Äußerungen des Premiers oder der Außenministerin ablesen lässt. So sprach Jarosław Kaczyński bereits im Sommer 2004 im Sejm davon, dass die Polen schadenbringenden Verschwörungen auch eine internationale Ebene hätten, nämlich zum Beispiel die der deutschlandfreundlichen

polnischen Gelehrten und Journalisten, die vom deutschen Geld lebten. Die polnische Außenministerin Fotyga klagte jüngst im International Herald Tribune, Polen werde von Deutschland nicht als gleichrangiger Partner behandelt. Auf diesem mentalen Humus erwächst die neue Strategie der polnischen Deutschlandpolitik, die durch vier Merkmale bestimmt ist: Abkehr vom vermeintlichen polnischen Vasallentum gegenüber Deutschland aus der Zeit nach 1989; Schaffung eines gleichrangigen Verhältnisses auf Augenhöhe; Kampf gegen den angeblichen „Geschichtsrevisionsismus“ in Deutschland und gegen das vorgebliche „Hegemonialstreben“ Deutschlands in Europa. In den Augen vieler Deutscher trägt diese Strategie Züge von Donquichotterie. Sie erscheint als eine Politik, die an den realen Gegebenheiten vorbeigeht und deshalb in der Tat oft nicht recht ernst genommen wird, was die Gegenseite umso mehr reizt.

Der unmittelbare Vorgänger Außenministerin Fotygas, Stefan Meller, hat vergangene Woche in einem Interview in der Neuen Züricher Zeitung die mentalen Barrieren auf beiden Seiten auf den Punkt gebracht: Die Vergangenheit sei in Polen noch längst nicht vergangen. Tiefe Verwundungen, Depressionen, Frustrationen lebten fort. Die Anhänger einer harten Haltung Warschaws repräsentierten jenen Teil Polens, der lange Zeit nicht zu Wort gekommen sei und der jetzt auf manchmal ungelene, raue Weise ausspreche, was ihm in der Seele wehtue. Auf der anderen Seite sei es ein Defizit in der Betrachtung Polens und Ostmitteleuropas durch den Westen, dass man die Psychopolitik zu wenig beherrsche. Die deutschen Eliten müssten sich klar machen, dass die Überwindung des Krieges, wie sie nach 1989 stattfand, in den Augen nicht weniger Polen anders gelaufen sei, als sie hätte laufen sollen, weil manche Fragen, nicht zuletzt die Eigentumsfragen, offen geblieben seien. Diese Fragen würden heute in Polen gezielt innenpolitisch instrumentalisiert.

### Psychopolitisches Verständnis

Partnerschaft auf Augenhöhe kann jedoch nicht gelingen, wenn nicht auf beiden Seiten psychopolitische Rücksichtnahme geübt wird. Dies setzt auf polnischer Seite die

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

## AUSLANDSBÜRO POLEN

Wahrnehmung voraus, dass die Deutschen durch das Fegefeuer der Aufarbeitung der eigenen Kriegsschuld, der von Deutschen verübten Gräueltaten und des Holocausts gegangen sind; dass Deutschland bestraft wurde und dass es gerade in Bezug auf das Zusammenleben in Europa etwas gelernt hat aus den schrecklichen Fehlern der Vergangenheit. Dass setzt zumindest das Bemühen um Verständnis für das Schicksal und die Rolle der Millionen von deutschen Flüchtlingen und Vertriebenen aus dem Osten voraus, die ihre Heimat in der Folge des Krieges verloren haben, die sich integriert haben und ihre Kräfte auf „die Schaffung eines geeinten Europa“ gerichtet haben, „in dem die Völker ohne Furcht und Zwang leben können“, so wie sie es 1950 in der Charta der Heimatvertriebenen versprochen hatten. Dass ist der Hintergrund, warum über die Parteigrenzen hinweg die führenden Repräsentanten des deutschen Staates bei den Treffen der Vertriebenen sprechen, warum selbst der Papst eine Grußbotschaft zum „Tag der Heimat“ des „Bundes der Vertriebenen“ sendet, ebenso wie der Bundespräsident, die Bundeskanzlerin und die deutschen Ministerpräsidenten der Länder. Angesichts dessen ist es mehr als befremdlich, wenn das polnische Außenministerium die Tätigkeit des Vertriebenenverbandes per se als „feindlich für den polnischen Staat“ deklariert. Das erinnert an die Zeiten vor 1989, in denen das deutsche Feindbild und das Jonglieren mit historischen Fakten je nach Bedarf der Innenpolitik gefragt waren.

„Die Abrechnungen mit der Vergangenheit sind häufig ein Akt des Mutes“, sagte der polnische Außenminister Władysław Bartoszewski 1995 in seiner großen Rede vor dem Deutschen Bundestag zum Gedenken an das Ende des Weltkrieges. Mutig – und was leider festzustellen ist – dem Stand des historischen Bewusstseins und der moralischen Bereitschaft vieler maßgeblicher Leute der heutigen konservativen Elite in Polen weit voraus waren die versöhnlichen Worte der polnischen Bischöfe 1965: „Wir vergeben und bitten um Vergebung“. Mutig waren die Worte Bartoszewskis vor dem Bundestag, als er die mit den Zwangsumsiedlungen verbundenen Gewalttaten und Verbrechen

beklagte und bekannte, „dass zu den Tätern auch Polen gehörten“.

### Machtpolitik Deutschlands

Der aktuelle Beitrag Muszyńskis im Handelsblatt ist gemäß der neuen deutschlandpolitischen Strategie Polens eine Art Generalabrechnung mit der deutschen Europapolitik der letzten Jahre. Er konstatiert zunächst eine Abkehr von der Politik nationaler Mäßigung in Deutschland, wie sie von Helmut Kohl betrieben worden sei, und kritisiert die nun herrschende selbstbewusste Machtpolitik Deutschlands, die in Europa „auf die Vollendung der Integration, d.h. der Vergemeinschaftlichung weiterer Bereiche der Zusammenarbeit“ verzichte. Mit dem Bau der Ostseegaspipeline habe Deutschland bewiesen, „dass ihm die lebenswichtigen Interessen Polens gleichgültig sind“. Muszyński wirft der Regierung Merkel eine „mühevoll und hartnäckig realisierte Taktik zur Isolierung Polens auf dem Forum der EU“ vor sowie einen „politischen Verbalismus statt einer tatsächlichen Zusammenarbeit bei bilateralen Angelegenheiten“. Polnische Initiativen würden nicht ernst genommen. Der Vorschlag zur Gründung einer deutsch-polnischen Reflexionsgruppe zur Zukunft der EU sei von Deutschland im Frühjahr nicht aufgenommen worden. Die heutige europäische Politik Deutschlands lasse sich „auf die bedingungslose Befürwortung der Attrappe einer europäischen Verfassung – des so genannten Reformvertrages – reduzieren“, der keinen klaren Durchbruch schaffe, dagegen aber zu einer für Deutschland günstigen Machtverteilung führe.

In der Frankfurter Allgemeinen Zeitung argumentiert Muszyński, Ursache der aktuellen Schwierigkeiten zwischen Deutschland und Polen seien die ungelösten Probleme des Zweiten Weltkrieges, insbesondere die „deutschen Forderungen nach Restitution von Vermögenswerten in Polens westlichen und nördlichen Gebieten“. Polen und Deutsche hätten „einfach ihre Rechnungen für den Zweiten Weltkrieg noch nicht beglichen“. Dies müsse heute geschehen durch eine „beiderseitige Nulloption: Jede Seite sollte ein für alle Mal auf jegliche aus dem Zweiten Weltkrieg resultierende Forderungen

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

## AUSLANDSBÜRO POLEN

gen verzichten. In der Praxis würde dies bedeuten, dass die Bürger beider Seiten eventuelle Forderungen nur noch an ihre eigenen Regierungen richten könnten“. Komme man nicht zu dieser Lösung, werde Deutschland, so die Drohung, mit weitreichenden Forderungen aus Polen konfrontiert.

### Unterschiedliche Bewertungen

Auf diese Weise versucht die polnische Regierung mit aller Macht eine verbindliche Regelung möglicher Vermögensfragen zu erreichen, die Deutschland in letzter Konsequenz nicht bereit ist einzugehen. Dem Konflikt liegt eine spezifische Asymmetrie in der Bewertung der gegebenen Tatsachen zugrunde. Die polnische Regierung sieht sich mit Restitutionsklagen von Privatleuten konfrontiert und macht daraus eine bilaterale Staatsaffäre. Die deutsche Regierung sieht sich dagegen mit konkreten Forderungen des polnischen Staates konfrontiert und vertritt die Auffassung, die Fragen seien auf Staatsebene bereits hinreichend beantwortet, da es von Seiten des deutschen Staates mit Ausnahme der Problematik der Kulturgüter keinerlei Ansprüche gebe, private Klagen jeder Grundlage entbehrten, deshalb als aussichtslos anzusehen seien und nicht unterstützt würden. Diese Haltung wird durch das von der deutschen und polnischen Regierung 2004 gemeinsam in Auftrag gegebenen Rechtsgutachten der Professoren Barcz und Frowein gestützt und wurde wiederholt durch die höchsten deutschen Staatsvertreter bekräftigt.

Altbundespräsident Richard von Weizsäcker beklagte dieser Tage in einem Interview für das linksliberale polnische Wochenmagazin Polityka in Bezug auf den polnischen Ministerpräsidenten eine Unkenntnis dessen, was die Europäer zur Einigung geführt habe. Das Fundament des vereinigten Europa sei gerade die Einsicht in die Fehler der Vergangenheit und nicht die historische Aufrechterhaltung gewesen. Kein wirklich denkender, historisch erzogener Mensch denke heute an irgendeine Vorherrschaft der Deutschen. Woran er, Weizsäcker, aber denke, sei eine „ganz enge Zusammenarbeit der Deutschen, der Franzosen und der Polen“.

In Polen sehen das die derzeit noch tonangebenden nationalkonservativen Kräfte anders. Noch seien, so der Deutschlandbeauftragte Muszyński, die Folgen des Weltkriegs nicht ehrlich abgerechnet worden. Noch, so die Außenministerin Fotyga, fühle man sich unsicher und den Verdacht bestätigt, dass Deutschland Polen in der EU dominieren wolle. Noch verfolgt die polnische Regierung dementsprechend auch innerhalb der EU eine misstrauische Politik nationaler Interessenvertretung, einer mehr oder weniger distanzierter Staatenkooperation, die die Gefahr nationalistischer und populistischer Abwege in sich birgt, weil sie den Akzent auf mitunter unterschiedliche nationale Interessen legt, statt sich gemeinschaftlich auf die Suche nach dem Gemeinwohl zu machen. Welche verheerende Wirkung diese Art nationaler Interessenpolitik haben kann, wissen wir aus der Geschichte. „Schaut man sich die politische Entwicklung in manchen unserer Länder an, ist diese Befürchtung keinesfalls illusorisch“, warnte der von der Kommission der Bischofskonferenzen der EU eingesetzte Weisenrat in diesem Frühjahr in seinem Bericht „Ein Europa der Werte“. Worum es in Europa geht, sagte einst Jean Monnet, „ist die Vereinigung der Interessen der europäischen Völker und nicht die Bewahrung des Gleichgewichts dieser Interessen“.

So stehen wir, wie es scheint, zumindest in bestimmten politischen Kreisen vor mentalen Barrieren, die aus anderen Epochen stammen und nur durch geduldiges, Vertrauen schaffendes Zusammenwirken von beiden Seiten mit der Zeit zu überwinden sind. Es ist das Drama der Geschichte, dass Polen erst 1989 dieselben Chancen der Freiheit erlangte, die Westdeutschland schon 1949 erhielt. Diesen Unterschied gilt es zu bedenken. Er kann nur durch die Gestaltung der Zukunft aufgehoben werden. In der Europäischen Union wurde das frühere Gebiet der großen europäischen Kriege zu einem Pfeiler der Sicherheit und des Wohlstandes des Kontinents transformiert. Das europäische Projekt wird aber immer hinken, wenn es keine wirkliche Verständigung zwischen Polen und Deutschen gibt.